



Schleswig-Holsteinische
Universitäts-Gesellschaft (SHUG)

shz das medienhaus

Editorial

Forschung aus Schleswig-Holstein

Die Kieler Christian-Albrechts-Universität (CAU) wird in diesem Jahr 350 Jahre alt: In dieser Zeit hat die CAU in vielen Forschungsbereichen national und international wichtige Impulse gesetzt. Der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag stellt deshalb gemeinsam mit der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft (SHUG) vier Monate lang ausgewählte Forschungsthemen der CAU vor.

ZAHL DER WOCHE

66,9

 Senioren

werden in Schleswig-Holstein im Jahr 2050 auf 100 Menschen im arbeitsfähigen Alter kommen (Statistisches Bundesamt, Var. 1)

Heute liegt der Anteil noch bei 37,9 Senioren – der höchste Wert in den westlichen Bundesländern.

Die Themen unserer Sonderseite:

Jeweils dienstags werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Einblicke in ihre Arbeit geben. Alte Beiträge sowie weitere Hintergründe zur CAU können Sie nachlesen unter www.shz.de/cau

> September: Ernährung & Landwirtschaft

> HEUTE: Arbeitsmarkt der Zukunft

13. Oktober: Regionale Demografie
20. Oktober: Hausärztliche Versorgung
27. Oktober: Das Verhältnis zum Alter im Vergleich der Kulturen

Telefonaktion „Leser stellen Fragen“: 27. Oktober, 15-16 Uhr.

Leser-Veranstaltung: 29. Oktober, 19 Uhr:

Große Abschluss-Podiumsdiskussion in Flensburg: Wie bekommt Schleswig-Holstein den demografischen Wandel in den Griff? Mit Dietrich Grönemeyer (Mediziner), Eckart Bomsdorf (Sozialwissenschaftler und Statistiker, Uni Köln), Robert Habeck (stellvertretender Ministerpräsident), Hanna Kadaszkiewicz (Leiterin des Instituts für Allgemeinmedizin, CAU Kiel) und Ulrich Spitzer (IHK Flensburg).

Im Netz:

> www.uni-kiel.de
> www.shug.uni-kiel.de

Redaktion: Martin Schulte,
Tomma Schröder

Ältere Arbeitnehmer

Beschäftigung älterer Arbeitnehmer nimmt zu

KIEL Bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer hat Schleswig-Holstein noch Luft nach oben. Mit einer Beschäftigungsquote von 40,1 Prozent bei den 55- bis 65-Jährigen im Jahr 2012 liegt es im bundesweiten Vergleich eher im unteren Drittel und deutlich hinter den Spitzenreitern Thüringen (46 %) und Sachsen (45,9%). Wie im gesamten Bundesgebiet hat aber auch im Norden der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. shz



Verkannte Potenziale

Will Deutschland sich für den demografischen Wandel rüsten, müssen mehr ältere Menschen, mehr Frauen und mehr Migranten für den Arbeitsmarkt gewonnen werden.

KIEL Auf dem deutschen Arbeitsmarkt scheint der demografische Wandel immer noch nicht angekommen zu sein. Im Gegenteil: Jahr für Jahr klettert die Beschäftigung auf ein neues Rekordhoch. Der Boom auf dem Arbeitsmarkt füllt wiederum die Rentenkasse. Bis Ende dieses Jahres soll die finanzielle Reserve der Rentenversicherung auf über 33 Milliarden Euro steigen. Doch das Ende dieses „demografischen Zwischenhochs“ ist absehbar. Im nächsten Jahrzehnt wird Deutschland die ganze Wucht des demografischen Wandels zu spüren bekommen. Bis dahin gilt es, das heimische Erwerbspotenzial – insbesondere von Älteren, Frauen und Zuwanderern – besser zu mobilisieren.

Spätestens ab 2020, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der „Babyboomer“-Generation in Rente gehen, wird die Zahl der Personen im Rentenalter sprunghaft ansteigen. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Personen im erwerbstätigen

Alter. Immer weniger Erwerbstätige müssen dann für immer mehr Rentner aufkommen. Die Folge: Die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung steigen, gleichzeitig sinkt das Rentenniveau für die heute Jungen.

Altenquotient verdoppelt sich

Ein Blick auf die jüngste Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes unterstreicht die Dramatik der Situation. Kommen derzeit auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter noch 34 Personen im Rentenalter, so wird sich dieser sogenannte Altenquotient bis 2050 fast verdoppeln (siehe Grafik). In 2050 werden also fast doppelt so viele Menschen im Rentenalter auf eine Person im erwerbsfähigen Alter kommen. Besonders stark wird der Anstieg dabei in den 2020er Jahren sein. Wie können wir dieser Entwicklung entgegenwirken? Grundsätzlich gibt es zwei Lösungsansätze. Beide erhöhen die Zahl der Erwerbstätigen relativ

zur Zahl der Rentner. Der erste Lösungsansatz mobilisiert das Erwerbspotenzial der bereits in Deutschland lebenden Menschen. Der zweite Ansatz fördert die Zuwanderung von Menschen im erwerbsfähigen Alter.

Die öffentliche Debatte konzentriert sich derzeit auf den zweiten Lösungsansatz. Zuwanderung alleine wird den demografischen Wandel jedoch nicht aufhalten. Denn dazu wäre eine unrealistisch hohe Zuwanderung von jungen, gut qualifizierten und schnell integrierbaren Menschen notwendig. Denn der Anteil der über 65-Jährigen würde selbst dann von heute 20,9% auf 29,3% in 2050 steigen, wenn bis dahin jedes Jahr 300000 Menschen mehr nach Deutschland einwanderten als auswanderten. Seit der Wiedervereinigung lag der Wanderungssaldo jedoch bei nur 186000 Menschen.

Zuwanderung hilft kurzfristig nicht

Die meisten Zuwanderer, und insbesondere die gut qualifizierten, kamen in den letzten Jahren aus den ost- und südeuropäischen EU-Staaten. Ihre Zahl wird in Zukunft deutlich sinken, nicht zuletzt weil die Geburtenrate dieser Staaten ähnlich niedrig ist wie in Deutschland. Auch die derzeit in großer Zahl nach Deutschland flüchtenden Menschen werden, zumindest kurz- bis mittelfristig, das Problem des demografischen Wandels nicht lösen. Denn nach allem, was wir wissen, bringen viele Flüchtlinge nicht die nötigen Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikationen mit, um schnell auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar zu sein. Erst ihre Kinder, die in Deutschland aufwachsen und hier Kindergarten und Schule besuchen, werden deutlich bessere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt haben.

Neue Arbeitnehmer

Zuwanderung kann deshalb nur ein Baustein sein, um den demografischen Wandel zu begegnen. Daher gilt es, das heimische Erwerbspotenzial besser zu mobilisieren. Nachholbedarf besteht insbesondere bei Älteren, Frauen und bereits länger hier lebenden Migranten. Zwar ist die Erwerbstätigkeit aller drei Gruppen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Doch nach wie vor ar-

beiten Ältere in Deutschland deutlich seltener als in nordischen Ländern. Gleiches gilt für Frauen. Und Zuwanderer sind überdurchschnittlich häufig erwerbslos.

Wie können wir Erwerbstätigkeit fördern? Um Ältere länger im Berufsleben zu halten, muss die Stärkung der Weiterbildung - Stichwort „Lebenslanges Lernen“ - ganz oben auf der Agenda stehen.

In 2050 werden also fast doppelt so viele Menschen im Rentenalter auf eine Person im erwerbsfähigen Alter kommen. Besonders stark wird der Anstieg dabei in den 2020er Jahren sein.

Wichtig sind auch flexible Arbeitszeitmodelle, die einen schrittweisen Übergang in die Rente ermöglichen. Außerdem sollte das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt werden.

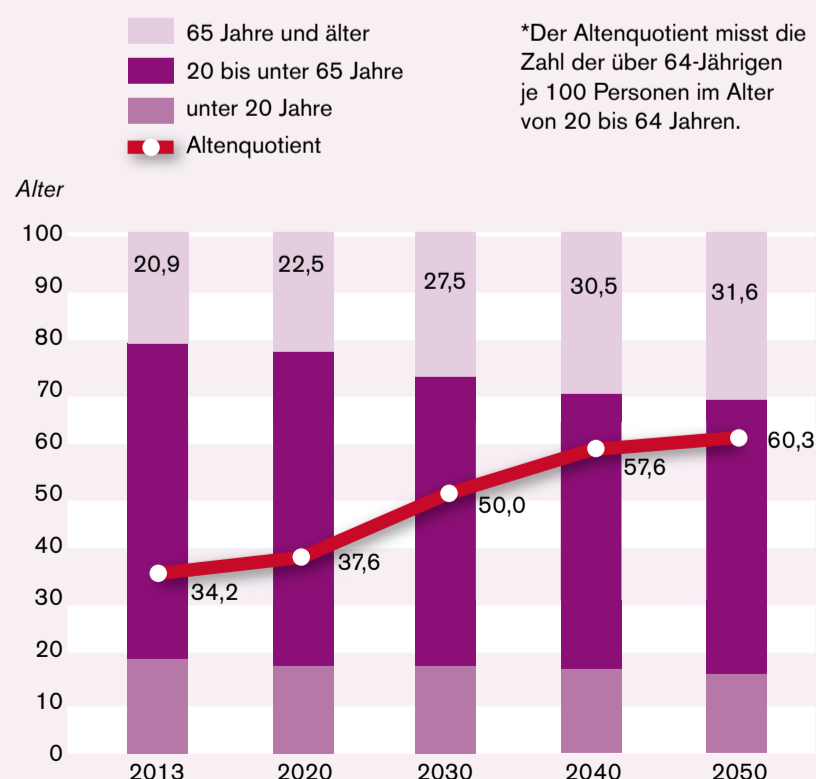
Um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu fördern, gilt es, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu stärken. Dazu sind zusätzliche Investitionen in die Quantität und vor allem in die Qualität der Kindertagesbetreuung notwendig. Auch das Ehegattensplitting, das die klassische Einverdiener-Familie begünstigt, ist reformbedürftig.

Bildung ist der Schlüssel für die Integration von Zuwanderern. Gerade Migranten- und Flüchtlingskinder aus bildungsfernen Familien profitieren erheblich von qualitativ hochwertiger Kindertagesbetreuung. Daher fördern zusätzliche Investitionen in die frühkindliche Bildung auch Integration.

Gelingt es uns, die Erwerbsbeteiligung Älterer zu erhöhen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und Zuwanderer besser zu integrieren, ist Deutschland für den demografischen Wandel gerüstet. Die Weichen dafür müssen wir aber bereits heute stellen – aller Erfolgsmeldungen vom Arbeitsmarkt zum Trotz.

Sebastian Braun

ENTWICKLUNG DES ALTENQUOTIENTEN* IN DEUTSCHLAND (2013-2050)



Quelle: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, Variante 1

shz-Grafik: Lundt



Sebastian Braun leitet den Forschungsbereich „Globalisierung und Wohlfahrtsstaat“ am Institut für Weltwirtschaft. SEBASTIAN.BRAUN@FW-KIEL.DE